

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

In Nord und Süd CO2 reduzieren

Auslandskurier: die Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1992) : In Nord und Süd CO2 reduzieren, Auslandskurier: die Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit, ISSN 0171-2624, Eppinger, Schwäbisch Hall, Vol. 33, Iss. 6, pp. 34-35

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112055>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

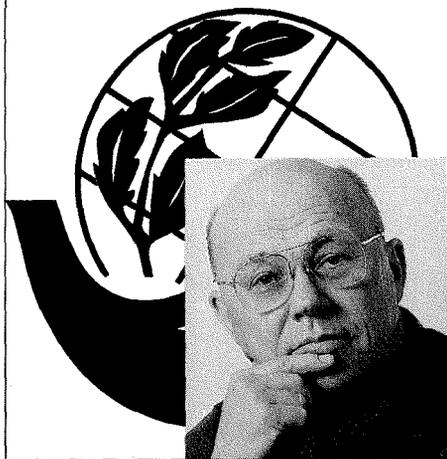
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Umweltgipfel Rio
UNCED 1992



In Nord und Süd CO₂ reduzieren

Die Verteilung der Pflichten einer Klimakonvention hängt für den Vorsitzenden des Kuratoriums der Deutschen Umweltstiftung, Prof. Dr. Udo E. Simonis, vor allem davon ab, welche Kriterien bezüglich der Reduzierung von Treibhausgasen angelegt werden

Die Vorbereitungen zur UN-Konferenz in Rio haben es angezeigt: War in der Vergangenheit im Nord-Süd-Zusammenhang meist nur von Entwicklungsprozessen die Rede, so werden wir uns in Zukunft zunehmend mit Umverteilungsprozessen beschäftigen müssen. Dies ist die Folge der Wahrnehmung globaler Umweltprobleme, insbesondere des Klimaproblems. Die Industrieländer waren und sind Hauptverursacher dieses Problems und der Streit geht darum, wieviel sie an Treibhausgas-Emissionen aufgeben müssen. Die Entwicklungsländer aber würden unter Einhaltung des Standardentwicklungsweges zu Hauptverursachern werden können, auch für sie besteht Anpassungsbedarf. Ökologisch gesehen werden sie die Hauptleidtragenden der globalen Klimaveränderung sein. Ökonomisch gesehen hängt die Kostenverteilung von der Art der Präventions- und Anpassungsmaßnahmen, von den vereinbarten institutionellen Vorkehrungen und von der sich entfaltenden globalen Umweltdiplomatie ab. Zur Reduzierung der Treibhausgase — die wichtigsten sind Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) — sind grundsätzlich viele Mechanismen und Instrumente einsetzbar, wie Negativlisten (Londoner Dumping Konvention, Baseler Konvention), technische Vorschriften (Marpol-Abkommen), Nutzungsrechte (Seerechtskonferenz), Reduzierungsraten beziehungsweise Produktionsstop (Wiener Konvention, Montrealer Protokoll). Angesichts weiterhin hohen Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern einerseits und des ökonomischen Nachholbedarfs andererseits haben relative Begrenzungen oder absolute Be-

Smog: Hauptverursacher des Treibhaus-effektes sind die Industrieländer.

Foto: Glaser

grenzungen von Treibhausgasen höchst unterschiedliche Konsequenzen für die Entwicklungsländer — und damit für deren Kooperations- oder Konfliktbereitschaft.

Unterstellt man die FCKW-Regulierung als Politikformulierungsaufgabe (nicht als Politikumsetzungsaufgabe) als gelöst, so geht es bei der weiteren Ausgestaltung einer globalen Klimakonvention also vor allem um ein CO₂, ein CH₄- und ein N₂O-Protokoll. Das einzige dieser Treibhausgase, über das bisher ein internationaler Diskurs in Gang gekommen ist und dessen strategische Regulierung noch in diesem Jahrzehnt realisierbar erscheint, ist das CO₂.

Verteilungsfragen sind Machtfragen

Die Verteilung der Pflichten einer Klimakonvention zwischen Industrielän-

dern und Entwicklungsländern hängt besonders davon ab, welche Kriterien bezüglich der Reduzierung angewendet werden. Bei der Festlegung solcher Kriterien dürften zwei internationale Abkommen wichtige Bezugspunkte abgeben: die ECE-Konvention über weiträumige Luftverschmutzung (1979) und das Montrealer Protokoll. Bei der ECE-Konvention hatte sich zunächst eine kleine Zahl der ECE-Länder zu einem „30-Prozent-Club“ der Schwefeldioxidreduzierung zusammengefunden, dem nach und nach die anderen Länder beitraten. Entscheidend für diesen umweltpolitischen Erfolg war der erreichte Gruppenkonsens über das Verteilungskriterium: Jedes Land sollte die SO₂-Emissionen um den gleichen Prozentsatz von 30 Prozent verringern. Damit war die Ausgangslage legitimiert, Vorleistungen oder geographische Besonderheiten wurden nicht berücksichtigt. Dies ist das Verteilungskriterium I: Proportional gleiche Reduzierungsrate für alle Länder, bezogen auf die Ausgangslage.

Auch das Montrealer Protokoll sieht eine proportional gleiche Reduzierungsrate vor (zunächst 50 Prozent, später 100 Prozent), läßt jedoch eine Ausnahme (zeitlich befristet) für die Entwicklungsländer zu. Die Entwicklungsländer wurden von der Reduzierungspflicht ausgenommen, weil sie sie als unfair einschätzten. Die Industrieländer hätten durch die FCKW-Emissionen der Vergangenheit die Ozonschicht geschädigt, so daß den Entwicklungsländern Proportionalität in der Pflichtenübernahme nicht zuzumuten sei, sie hätten ein Emissionsrecht für die Zukunft.

Eine solche Argumentationsweise begründet das Verteilungskriterium II:

Proportional gleiche Reduzierungsrate für eine Gruppe von Ländern (Industrieländer) bei Festlegung einer Rate der noch zulässigen Emissionszunahme für die andere Gruppe (Entwicklungsländer).

Bei einem CO₂-Protokoll werden die notwendigen Anpassungen umfassend und weitreichend sein, zahlreiche Techniken, Produkte und Wirtschaftszweige sind betroffen. Die Industrieländer werden ihre eigenen absoluten Reduzierungspflichten daher gegen die relativen Reduzierungspflichten der Entwicklungsländer verhandeln wollen. Neben den laufenden Emissionen wird es den Entwicklungsländern auch um die historischen, in der Erdatmosphäre akkumulierten Emissionen gehen.

Je stärker solche Verteilungsargumente in den Vordergrund rücken, um so höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine beidseitige Reduzierung nicht vereinbart wird. Dies macht ein Kriterium der Gleichbehandlung attraktiv, nämlich gleiche CO₂-Emissionen pro Kopf der Bevölkerung. So lautet das Verteilungskriterium III: Jedes Land hat ein Emissionsrecht, das sich aus der angestrebten (reduzierten) globalen Emissionsmenge pro Kopf der Weltbevölkerung multipliziert mit der eigenen Bevölkerungszahl ergibt. Nach diesem Kriterium würden die Länder, die die angestrebte CO₂-Emissionsmenge überschreiten (Industrieländer), entsprechende Reduzierungspflichten haben. Die Länder, die diese Mengen unterschreiten (Entwicklungsländer), könnten zusätzlich emittieren. Dieses Kriterium stellt somit auf Fairneß ab, legitimiert also nicht die gegenwärtige Situation, sondern bewirkt Umverteilung im Nord-Süd-Kontext.

Für die Industrieländer wäre demnach mehr angesagt als nur eine relative Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Mittel- und langfristig ist aus ökologischen Gründen nur noch ein Wirtschaftswachstum möglich, bei dem Energieverbrauch und Umweltbelastung auch absolut zurückgehen.

Verteilungsfragen sind bekanntlich Machtfragen. Das globale Klimaproblem ist so komplex, daß kein Ende sein mag mit entsprechenden Verteilungsdebatten. Deshalb sollte ein möglichst einfaches, allgemein einleuchtendes Leitkriterium für die CO₂-Reduzierungsstrategie postuliert werden. □